

FREIBERUFLER-TICKER vom 28. August 2026

1. Einladung zum Austausch – letzte freie Plätze vor Ort beim BFB-Gesprächsforum „Junge Freie Berufe“

Für das nächste Treffen des BFB-Gesprächsforums „Junge Freie Berufe“ am 18. September 2026 in Berlin sind noch letzte Plätze für die Teilnahme vor Ort verfügbar. Ab 16 Uhr sind interessierte junge Freiberuflerinnen und Freiberufler herzlich eingeladen, vor Ort oder digital teilzunehmen, sich zu vernetzen und auszutauschen sowie eigene Impulse zu berufsübergreifenden Themen der Freien Berufe einzubringen. Ein gemeinsamer Ausklang auf Selbstzahlerbasis ist ab 18 Uhr geplant. Die Teilnahme ist kostenlos. Die letzten Plätze vor Ort werden in der Reihenfolge der Anmeldungen vergeben. Details zu den Veranstaltungsorten in Berlin-Mitte folgen. Alle Orte liegen in bequemer Reichweite des Hauptbahnhofs. Es gibt keine formale Altersgrenze; besonders angesprochen sind jedoch Berufsträgerinnen und Berufsträger bis etwa 45 Jahre. Interessierte schreiben gerne an veranstaltung@freie-berufe.de und melden sich direkt [hier](#) an. Sollten Sie nach der Anmeldung über das Online-Formular keine Bestätigungsmail erhalten, nehmen Sie bitte kurz unter veranstaltung@freie-berufe.de Kontakt mit uns auf. Wir freuen uns, wenn Sie dabei sind und den Austausch im Netzwerk „Junge Freie Berufe“ mitgestalten!

2. BFB warnt vor unkontrollierter KI: „Kennt keine Moral, nur Wahrscheinlichkeiten“

Über die Hälfte der deutschen Unternehmen setzt laut Jimdo-ifo-Geschäftsklimaindex bereits Künstliche Intelligenz (KI) ein, auch bei Selbstständigen und Kleinunternehmen ist der Anteil ähnlich hoch. Nach einer Lexware-Umfrage automatisiert bereits jedes dritte Kleinunternehmen ganze Prozesse mit KI. In einem Bericht der [Frankfurter Rundschau](#) vom 20. August 2026 warnte BFB-Präsident Dr. Stephan Hofmeister vor „KI-Blindheit“ bei vollautomatisiertem Einsatz der Technologie, etwa bei medizinischen Befundvorschlägen, wo Fehler oder Halluzinationen kaum mehr rückgängig zu machen seien. „Ein KI-Tool kennt keine Moral, es kennt nur Wahrscheinlichkeiten“, mahnte Dr. Hofmeister. Der BFB fordert verbindliche Mindeststandards für menschliche Kontrolle überall dort, wo automatisierte Entscheidungen unmittelbare Folgen für Dritte haben.

3. Firmenschließungen erreichen Rekordniveau

2025 schlossen in Deutschland 188.000 Unternehmen, zehn Prozent mehr als im Vorjahr, zunehmend auch Firmen mit guter oder mittlerer Bonität. Das zeigt eine gemeinsame Untersuchung von Creditreform und ZEW. Am 19. August 2026 ordnete Patrik-Ludwig Hantzsch, Pressesprecher und Leiter Wirtschaftsforschung bei Creditreform, die Entwicklung in [ThePioneer](#) ein: Viele Betriebe verschwanden „sehr leise“ vom Markt, gefangen in einer „Krisenzange“ aus Kriegen und Zöllen von außen sowie Steuern, Bürokratie und Energiepreisen von innen. Anders als früher träfe es zunehmend auch rentable Betriebe. BFB-Präsident Dr. Stephan Hofmeister warnt in dem Beitrag vor den Folgen für die Regionen: „Wenn eine Landarztpraxis oder eine Kanzlei, eine Apotheke oder ein Ingenieurbüro auf dem Land aufgibt, merken das die Menschen in der Region. Niemand sonst springt im Zweifel ein.“ Die Politik müsse die Rahmenbedingungen für Klein- und Kleinstbetriebe künftig gezielter mitdenken, forderte er.

4. Premiere: Bundesweite Bestenehrung für ReFa und ReNo

Erstmals wurden die bundesweit besten Absolventinnen und Absolventen der Ausbildung zu Rechtsanwaltsfachangestellten sowie Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten gemeinsam ausgezeichnet. Bei der Premiere der bundesweiten Bestenehrung am 7. August 2026 im Berliner

Cube wurden 23 junge Fachkräfte aus 21 Kammerbezirken geehrt. Durch die Veranstaltung führte Sabine Fuhrmann, Vizepräsidentin der Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK) und Mitglied des BFB-Vorstands. Sie stellte die Freiberuflichkeit als gemeinsames Dach auch der Ausbildungsberufe heraus: „Wer bei den Freien Berufen ausgebildet wird, steht nicht am Rand der Gesellschaft, sondern mittendrin. Dort, wo Menschen beraten, versorgt, begleitet und unterstützt werden.“ Dabei gehe es um Berufe, in denen Verantwortung für andere übernommen werde. BFB-Hauptgeschäftsführer Peter Klotzki unterstrich in seinem Grußwort die Bedeutung guter Bedingungen für den beruflichen Nachwuchs: „Junge Menschen gewinnt und bindet man nicht mit schönen Slogans, sondern durch gute Ausbildung, Wertschätzung, Verantwortung und sichtbare Perspektiven.“ Veranstaltet wurde die Ehrung vom RENO Bundesverband, dem Forum Deutscher Rechts- und Notarfachwirte, dem Deutschen Anwaltverein und der [Bundesrechtsanwaltskammer](#). Weitere Partner unterstützten die Premiere: RA-MICRO stellte ihre Räume im Berliner Cube und die Bewirtung zur Verfügung, Hans Soldan GmbH stiftete die Pokale und die Deutsche AnwaltVerlag-Gruppe die Goodie-Bags mit Büchergutscheinen.

5. Berlin vorn – Frauen prägen freiberufliches Gründungsgeschehen

Berlin war 2025 bundesweit Spitzenreiter bei den freiberuflichen Existenzgründungen. Das zeigt eine am 13. August 2026 [veröffentlichte](#) Regionalauswertung des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn. Auf Berlin folgen Hamburg, München, Köln, Leipzig, Frankfurt am Main und Düsseldorf. Auch gemessen an der Gründungsintensität, also den Existenzgründungen je 10.000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter, liegt Berlin vorn. Dahinter folgen Leipzig und der Landkreis München. Auffällig ist die starke Rolle der Frauen: In den meisten Städten und Landkreisen liegt ihre Gründungsintensität über der der Männer. Lediglich in 41 Kreisen ist dies nicht der Fall. Insgesamt wurden 2025 110.620 freiberufliche Existenzgründungen registriert, nach 94.910 im Vorjahr. Die Regionalauswertung zeigt nun, wo besonders häufig gegründet wird und wie sich das Gründungsgeschehen zwischen Frauen und Männern verteilt.

6. Bis zum 4. September 2026 für TidA bewerben

Interessierte Auszubildende in Berlin, Düsseldorf oder der Umgebung können sich bis zum 4. September 2026 für das Programm „Talente in der Ausbildung“ (TidA) bewerben. Stipendiatinnen und Stipendiaten erhalten bis zu drei Jahre lang 300 Euro monatlich sowie Zugang zu Workshops, Veranstaltungen, Netzwerken und freiwilligem Mentoring. Das Programm bietet engagierten Auszubildenden die Möglichkeit, neue Kompetenzen zu entwickeln, Kontakte zu knüpfen und sich über die Ausbildung hinaus weiterzuentwickeln. Die Förderung startet am 1. November 2026. Weitere Informationen und die Bewerbung sind auf der [Website](#) der Stiftung der deutschen Wirtschaft. Der BFB war an der Entstehung des Programms beteiligt und setzt sich als Gesellschafter der Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung für eine Verlängerung der flankierenden Pilotförderung „Begabte Auszubildende und Fachkräfte“ im Rahmen der Begabtenförderungswerke des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt ein.

7. Noch bis zum 8. Oktober 2026 für die nächste Runde von „Ausbildung Weltweit“ bewerben

Die nächste Antragsrunde von „Ausbildung Weltweit“, gefördert vom [Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend](#), endet am 8. Oktober 2026 und ermöglicht Unternehmen, beruflichen Schulen und Kammern, Fördermittel für Auslandsaufenthalte von Auszubildenden zu beantragen. Gefördert werden praxisorientierte Aufenthalte im Ausland von drei Wochen bis drei Monaten, bei denen Auszubildende praktische Erfahrungen in Unternehmen sammeln und in internationalen Teams arbeiten. Auch Aufenthalte von betrieblichem Ausbildungspersonal sowie vorbereitende Besuche bei Partnerunternehmen können gefördert

werden. Die Förderung umfasst unter anderem Zuschüsse zu Fahrt- und Aufenthaltskosten, wobei schulische Aufenthalte oder reine Kurse nicht förderfähig sind. Die geförderten Aufenthalte können zwischen dem 1. Februar 2027 und dem 31. Januar 2028 stattfinden. Anträge werden über das [Projektportal](#) gestellt, das ab dem 7. September 2026 für neue Anträge geöffnet ist. Auszubildende können selbst keinen Antrag stellen.

8. Bauhaus-Manifest 2026

Auf Initiative von Dr. Wolfram Weimer, Staatsminister für Kultur und Medien, unterzeichneten Verbände und Institutionen aus Architektur, Kultur, Design, Handwerk sowie Kirchen das Bauhaus-Manifest 2026. Dies geht aus einer [Pressemitteilung](#) vom 20. August 2026 hervor. Anlass ist der 100. Jahrestag der Eröffnung des Bauhauses in Dessau. Zu den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern gehört auch die Bundesarchitektenkammer, die Mitglied im BFB ist. Das Manifest bekennt sich zur Freiheit des künstlerischen Denkens, zur Offenheit gegenüber neuen Ideen und zur kulturellen Innovation als Beitrag zu einer demokratischen Gesellschaft. Zugleich spricht es sich dafür aus, diese Prinzipien vor demokratiefeindlichen Angriffen zu verteidigen. Der Einsatz für Freiheit und Demokratie schafft damit eine Verbindung zu den Anliegen des BFB und der Freien Berufe. Interessierte sind dazu aufgerufen, sich dem Bauhaus-Manifest 2026 anzuschließen. Sie können [hier](#) unterzeichnen.

9. Erwerbstätigkeit von Rentnern

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts waren 2025 14 Prozent der 65- bis 74-jährigen Altersrentnerinnen und Altersrentner erwerbstätig, nach 13 Prozent im Vorjahr. Besonders bemerkenswert aus Sicht der Freien Berufe: 27 Prozent der erwerbstätigen Rentnerinnen und Rentner sind selbstständig tätig. Laut [Pressemeldung](#) vom 5. August 2026 arbeiten zugleich viele nach dem Renteneintritt bewusst mit reduziertem Stundenumfang; knapp zwei Drittel sind weniger als 20 Stunden pro Woche tätig. Die Zahlen zeigen, dass flexible Erwerbsformen ein längeres Berufsleben ermöglichen und erfahrene Fachkräfte dem Arbeitsmarkt erhalten bleiben. Gerade in den Freien Berufen kann die selbstständige Tätigkeit dazu beitragen, Wissen und Expertise auch über den Renteneintritt hinaus einzubringen.

10. Rentenbesteuerung steigt weiter an

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren 2025 bereits 72 Prozent der Rentenleistungen einkommensteuerpflichtig. Ursache ist die fortschreitende Umstellung auf die nachgelagerte Besteuerung von Alterseinkünften, die den steuerpflichtigen Anteil von Renten seit Jahren ansteigen lässt, so die [Pressemeldung](#) vom 4. August 2026. Die Entwicklung betrifft auch Selbstständige und Angehörige der Freien Berufe, die ihre Altersvorsorge über berufsständische Versorgungswerke, private oder betriebliche Modelle aufbauen. Für sie gewinnt die steuerliche Planung der Altersvorsorge und der Ruhestandsphase weiter an Bedeutung. Aktuellste verfügbare Daten zeigen zudem, dass bereits 42 Prozent der Rentenbezieherinnen und Rentenbezieher Einkommensteuer zahlen.

11. Bundeskabinett beschließt Maßnahmen gegen Hitze, Dürre und Trockenheit

Das Bundeskabinett beschloss am 26. August 2026 ein [Maßnahmenpaket zur besseren Bewältigung von Hitze, Dürre und Trockenheit](#). Ziel ist es, Vorsorge, Anpassungsfähigkeit und Krisenresilienz angesichts zunehmender klimabedingter Belastungen zu stärken. Die Bundesregierung bündelt hierzu verschiedene Aktivitäten unter anderem in den Bereichen Klimaanpassung, Wasserverfügbarkeit und Gesundheitsschutz. Die beschlossenen Maßnahmen sollen helfen, die Folgen von Extremwetterereignissen künftig besser zu bewältigen.

12. Zehn Prozent mehr Anerkennung ausländischer Abschlüsse

Wie das Statistische Bundesamt am 19. August 2026 [mitteilte](#), wurden 2025 rund 86.600 Anerkennungsanträge positiv beschieden, ein Plus von zehn Prozent zum Vorjahr. Knapp 84 Prozent der positiv beschiedenen Anerkennungsverfahren gingen 2025 auf nach Bundesrecht geregelte Berufe zurück, 16 Prozent auf nach Landesrecht geregelte Berufe. Die meisten Anerkennungen betrafen wie in den vergangenen Jahren auch 2025 Qualifikationen aus der Türkei (9.800), was einem Anteil von elf Prozent an allen Anerkennungen entspricht, gefolgt von der Ukraine. Der mit Abstand am häufigsten anerkannte Beruf war mit 32.000 Anerkennungen erneut der Beruf der Pflegefachfrau/des Pflegefachmanns (einschließlich der Vorgängerberufe Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/-in sowie Gesundheits- und Krankenpfleger/-in). Am zweit- und dritthäufigsten wurden unverändert zu den Vorjahren die Berufe der Ärztin/des Arztes (13.900), und der Ingenieurin/des Ingenieurs (4.600) anerkannt. Diese drei Berufe machten knapp 60 Prozent aller anerkannten Berufe aus.

13. Zehn Prozent der 20- bis 24-Jährigen nicht in Ausbildung oder Beschäftigung

Wie das Statistische Bundesamt am 17. August 2026 [mitteilte](#), waren 2025 in Deutschland zehn Prozent der 20- bis 24-Jährigen weder in Ausbildung noch beschäftigt. Damit liegt Deutschland unter dem EU-Durchschnitt von 12,9 Prozent, aber der Anteil stieg seit 2022 um 1,2 Prozentpunkte an. EU-weit war der Anteil am niedrigsten in den Niederlanden (5,6 Prozent), Schweden (7,3 Prozent) und Tschechien (7,6 Prozent). In Rumänien (22,8 Prozent), Bulgarien (17,3 Prozent) und Frankreich (16,2 Prozent) waren junge Menschen anteilig am häufigsten nicht in Ausbildung oder Beschäftigung. Besonders betroffen sind junge Frauen und Menschen in Städten. Gründe sind unter anderem Arbeitslosigkeit, Betreuungspflichten und gesundheitliche Einschränkungen.

14. Anteil der Auszubildenden mit Abitur leicht rückläufig

Wie das Statistische Bundesamt am 25. August 2026 [mitteilte](#), hatten 2025 gut ein Viertel der Personen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag in Deutschland Abitur oder Fachhochschulreife, während 43 Prozent einen mittleren Schulabschluss und 23 Prozent einen ersten Schulabschluss hatten. Im Vergleich zu 2015 sank der Anteil der Abiturientinnen und Abiturienten damit leicht von 28 auf 26 Prozent. Besonders hoch war ihr Anteil im öffentlichen Dienst mit 48 Prozent, gefolgt von Industrie und Handel mit 30 und den Freien Berufen mit 27 Prozent; im Handwerk waren es dagegen nur 16 Prozent.

15. Junge Frauen bei höheren Bildungsabschlüssen vorn

Junge Frauen erreichen in Deutschland häufiger höhere Schulabschlüsse als junge Männer. Nach [Angaben](#) des Statistischen Bundesamtes vom 20. August 2026 waren im Abgangsjahr 2024 55 Prozent der Absolventinnen und Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife weiblich. Beim Mittleren Schulabschluss lag der Frauenanteil bei 49 Prozent, beim Ersten Schulabschluss dagegen nur bei 41 Prozent. Für die Freien Berufe ist diese Entwicklung besonders relevant. Frauen prägen viele freiberufliche Berufsfelder bereits heute stark.

16. Deutschland bei öffentlichen Bildungsausgaben unter EU-Durchschnitt

Die öffentlichen Ausgaben für Bildung in der Europäischen Union (EU) lagen 2023 bei 4,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Damit blieb ihr Anteil gegenüber dem Vorjahr stabil. Gegenüber 2020, als mit fünf Prozent der bislang höchste Wert seit Beginn der Erhebung 2012 erreicht worden war, ging der Anteil um 0,3 Prozentpunkte zurück. Deutschland lag mit 4,5 Prozent des BIP unter dem EU-Durchschnitt. Die höchsten Anteile öffentlicher Bildungsausgaben verzeichneten Schweden

mit 6,8 Prozent, Finnland mit 6,3 Prozent und Belgien mit 6,2 Prozent. Am niedrigsten waren die Werte in Rumänien mit drei Prozent, Griechenland mit 3,3 Prozent und Malta mit 3,4 Prozent. Das [teilte](#) das statistische Amt der EU am 18. August 2026 mit.

17. IAB: Mehrere Arbeitgeber im Erwerbsleben sind die Regel

Beschäftigte arbeiten im Laufe ihres Erwerbslebens meist für mehrere Arbeitgeber. Nach einer am 11. August 2026 [veröffentlichten](#) IAB-Studie kommen sowohl 25- bis 34-Jährige als auch Beschäftigte in der mittleren Erwerbsphase auf durchschnittlich 2,7 Arbeitgeber; bei den 50- bis 60-Jährigen sind es 1,8. In der Altersgruppe der 35- bis 49-Jährigen bleiben weniger als 40 Prozent durchgängig bei einem Arbeitgeber, 29 Prozent arbeiten für drei bis fünf und neun Prozent für mindestens sechs Arbeitgeber. Ein durchgängiges Beschäftigungsverhältnis von der Ausbildung bis zur Rente sei daher auch früher eher die Ausnahme gewesen, so das IAB. Die Untersuchung betrachtet Erwerbsverläufe zwischen 1975 und 2023.

18. Studie des BIBB zur generativen KI

Eine am 18. August 2026 veröffentlichte [Studie](#) des Bundesinstituts für Berufsbildung und der Hochschule Bielefeld untersuchte die Nutzung generativer Künstlicher Intelligenz (KI) in der wissensintensiven Berufsgruppe „Unternehmensorganisation und -strategie“. In dieser Gruppe nutzten 2024 bereits 37,3 Prozent der Erwerbstätigen generative KI, während es in der gesamten Erwerbsbevölkerung nur gut 20 Prozent waren. Besonders wichtig für die Nutzung ist der berufliche Gestaltungsspielraum: Beschäftigte mit mehr Autonomie bei den Arbeitszielen nutzten KI häufiger. Auch Personen, die regelmäßig eigene Wissenslücken erkennen und schließen müssen, hatten eine höhere Wahrscheinlichkeit, generative KI einzusetzen. Dagegen war die Nutzung geringer, wenn die Arbeitsabläufe bis ins Detail vorgeschrieben waren. Die Studie zeigt außerdem, dass nicht die Führungsposition allein, sondern vor allem die konkrete Gestaltung der Arbeit für die KI-Nutzung entscheidend ist.

19. KI-Einsatz: Unternehmen erwarten eher sinkende Löhne

Viele Unternehmen rechnen damit, dass der Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) die Löhne in den kommenden fünf Jahren eher drücken wird. Besonders betroffen könnten Beschäftigte mit wenig Berufserfahrung sein, wie eine am 12. August 2026 [veröffentlichte](#) ifo-Umfrage unter mehr als 3.000 Unternehmen zeigt, die KI bereits einsetzen. Am häufigsten erwarten Dienstleister sinkende Löhne: Bei Beschäftigten ohne Hochschulabschluss und mit weniger als fünf Jahren Berufserfahrung sind es 53,3 Prozent, bei längerer Berufserfahrung 44,2 Prozent. Für Höherqualifizierte sehen Unternehmen dagegen häufiger auch Chancen auf steigende Löhne – insbesondere bei längerer Berufserfahrung.

20. Deutschland fällt im EU-Digitalranking zurück

Deutschland belegt im neuen, am 3. August 2026 [veröffentlichten](#) Bitkom-DESI-Index zur Digitalisierung der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) nur noch Platz 17, nach Rang 14 im Vorjahr. Zwar verbesserte sich die Bewertung leicht auf 51,1 Punkte, andere EU-Staaten entwickelten sich jedoch schneller. An der Spitze stehen Dänemark, Finnland und die Niederlande. Bei den digitalen Kompetenzen sowie der digitalen Infrastruktur erreicht Deutschland jeweils Platz elf. Deutlichen Nachholbedarf sieht Bitkom bei der öffentlichen Verwaltung: Hier kommt Deutschland lediglich auf Rang 22. Digitale Verwaltungsangebote nutzen 69,6 Prozent der Internetnutzerinnen und Internetnutzer; im EU-Durchschnitt sind es 76 Prozent. Auch eine zurückliegende BFB-Erhebung verdeutlicht den Handlungsbedarf und das Entlastungspotenzial: Ein Viertel der wöchentlichen Arbeitszeit entfällt bei den Freien Berufen auf Verwaltungs- und

Bürokratietätigkeiten außerhalb ihres eigentlichen Tätigkeitsbereichs. Die dadurch entstehenden Umsatzverluste belaufen sich auf rund 5,6 Milliarden Euro. Eine nahtlose und vollständig funktionierende digitale Verwaltung könnte den Aufwand um rund 13 Prozent verringern – dies entspräche einer rechnerischen Entlastung von etwa 2,9 Milliarden Euro. Digitalisierung darf sich daher nicht auf die elektronische Abbildung bestehender Verfahren beschränken. Prozesse müssen einfacher, medienbruchfrei und aus Sicht der Anwenderinnen und Anwender gestaltet werden. Zugleich ist die berufsständische Selbstverwaltung frühzeitig in Modernisierungsvorhaben einzubeziehen.

21. 2,2 Millionen Menschen waren 2025 befristet beschäftigt

Wie das Statistische Bundesamt am 13. August 2026 [mitteilte](#), waren 2025 in Deutschland rund 2,2 Millionen Menschen befristet beschäftigt, was sechs Prozent der Kernerwerbstätigen zwischen 15 und 64 Jahren entsprach. Besonders häufig waren junge Menschen betroffen: Bei den 15- bis 25-Jährigen lag der Anteil bei 18,3 Prozent, während er bei den 55- bis 65-Jährigen nur 2,8 Prozent betrug. Auch das Bildungsniveau spielte eine Rolle, denn Menschen ohne beruflichen Abschluss waren mit 11,6 Prozent deutlich häufiger befristet beschäftigt als Personen mit mittlerer Berufsqualifikation (vier Prozent). Besonders verbreitet waren Befristungen im Bildungsbereich (11,2 Prozent), im Gastgewerbe (8,8 Prozent) sowie in Kunst und Unterhaltung (8,2 Prozent). Der häufigste Grund für eine Befristung war, dass die Stelle von vornherein befristet war (31,4 Prozent), während sich nur 2,7 Prozent bewusst für einen befristeten Vertrag entschieden. Mehr als die Hälfte der Verträge (52,4 Prozent) hatte eine Laufzeit von weniger als einem Jahr, während nur 11,6 Prozent länger als drei Jahre liefen.

